



Deutscher Kinderschutzbund
Landesverband Sachsen e.V.

Landesgeschäftsstelle

Telefon 0351 / 42 42 044

Telefax 0351 / 42 42 066

info@kinderschutzbund-sachsen.de

DKSB LV Sachsen e.V. / Messering8A / 01067 Dresden

Dresden, 25.03.2021

Das chancengerechte Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen muss gesichert werden!

Die Corona-Pandemie bestimmt unser aller Leben. Politische Entscheidungen greifen tief in die Grundrechte der Menschen ein, sollen diese aber zu ihrem eigenen Wohl schützen. Als Deutscher Kinderschutzbund Landesverband Sachsen e.V. machen wir uns gemeinsam mit unseren Mitgliedsverbänden für ein gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen stark und nehmen deren Perspektive ein. Dabei ist uns das Spannungsfeld zwischen der Einhaltung von Kinderrechten und Gesundheit der Gesellschaft bewusst.

Gleichwohl müssen wir die Bedürfnisse der Kinder als Menschen in den Mittelpunkt rücken. Sie sind das gesellschaftliche Kapital der Zukunft. Die gravierenden Einschränkungen für Kinder und Jugendliche belasten insbesondere die einkommensschwächeren Familien sowie Alleinerziehende. Diese verlieren sich immer mehr aus unserem Blick. Hinzu kommt, dass alle Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung von Erwachsenen getroffen werden. Wir müssen heute Perspektiven schaffen, die das chancengerechte Aufwachsen aller Kinder gewährleisten.

Es kann seitens der Bildungspolitik nicht nur Ziel sein, die Jugendlichen durch Prüfungen zu bringen oder eine Betreuung sicher zu stellen. Es muss an die vielen Kinder in den Kindertagesstätten und Schulen gedacht werden, denen kein flächendeckendes Erziehungs- und Bildungsangebot unterbreitet wird. Verschiedene Studien bestätigen, dass von uns Erwachsenen fast unbemerkt viele Kinder und Jugendliche derzeit u.a. mit starken psychischen Belastungen, wie z.B. Ängsten, Einsamkeit oder Perspektivlosigkeit kämpfen. Sie reagieren auf die aktuelle Krise mit Isolation und sozialem Rückzug. Kinder und Jugendliche benötigen in dieser Situation verlässliche Ansprechpartner_innen innerhalb und außerhalb ihrer Familien. Viele Familien, aber vor allem Alleinerziehende, kommen z.B. im Homeschooling an ihre Grenzen, beziehungsweise fühlen sich nicht mehr in der Lage, die Aufgaben den Kindern zu erklären oder eine gelingende Unterstützung sicher zu stellen. Ganz zu schweigen, dass Fächer wie z. B. Kunst, Sport oder Musik bei der Aufgabenstellung fast keine Rolle spielen. Diese sind bei der sozialen Entwicklung von Kindern aber unverzichtbar.

Die Lerndefizite werden immer größer. Das hat Auswirkungen auf die Zukunft der Kinder, insbesondere derer aus einem bildungsfernen Umfeld. Aber auch Kinder und Jugendliche mit Behinderungen befinden



sich derzeit in einer prekären Lage. Sie werden dadurch immer weiter ausgegrenzt. Es gibt für sie keine Chancengerechtigkeit.

Im Bewusstsein der Umsetzung der Kinderrechte fordern wir, dass Unterstützungssysteme ausgebaut und so z.B. Kindertagesstätten und Schulen als Gemeinschafts- und Begegnungsräume – mit den entsprechenden Schutzmaßnahmen – offengehalten werden. Dabei wissen wir, dass für den Gesundheitsschutz der Gesellschaft Schließungen von Einrichtungen bei sehr hohen Inzidenzzahlen nicht zu vermeiden sind. Als Kinderschutzbund in Sachsen achten wir die getroffenen Maßnahmen zur Sicherung des Schutzes der Gesundheit aller. Wir bitten die Landesregierung aber Konzepte vorzulegen, die es den Kindern und Jugendlichen ermöglichen, bei Schließung der Einrichtung eine angemessene Betreuungsunterstützung zu erhalten. Wir sind gern bereit, an der Erarbeitung solcher Konzepte mitzuwirken. Für den schulischen Bereich ist nach festgelegten Standards zu verfahren.

Für **Kindertagesstätten** in Sachsen bedeutet dies aus unserer Sicht (in Anlehnung an das Schreiben der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Sachsen an das Kultusministerium von Ende Januar 2021):

- Eine verlässliche Betreuungsperspektive, auf die sich Träger, Einrichtungen, Familien, Kinder, aber auch Arbeitgeber einstellen können und welche die notwendigen Einschränkungen in den Betreuungsleistungen aufgrund der Umsetzung von Hygienekonzepten einkalkuliert.
- Die Erarbeitung von klaren Kriterien für den (eingeschränkten) Regelbetrieb.
- Ein klares Bekenntnis von Land und Kommunen zur Sicherstellung der Finanzierung von Kitas, unabhängig von coronabedingten Einschränkungen.
- Ein flankierendes Konzept für den Gesundheitsschutz des pädagogischen Personals (u.a. Regelungen und Kostenübernahme von engmaschigen Tests etc.).
- Luftreinigungsgeräte sollten auch in Kindertageseinrichtungen für die wichtigsten Räume angeschafft werden können. Die Träger sind ggf. dabei zu unterstützen.
- Es sollte regelmäßig und gründlich gelüftet werden.
- Für die Testung von Kindern unter 10 Jahren sollte es zum Besuch von Einrichtungen derzeit keine Verpflichtung geben. Die Erziehungsberechtigten sollten gemeinsam mit den Kindern die Entscheidung treffen. Bei einer Testung plädieren wir als Kinderschutzbund dafür, die am wenigsten schmerzhaft/unangenehme Variante durchzuführen. Es muss für Kinder in dieser Altersspanne eine Vertrauensperson anwesend sein.

Für eine **Normalisierung des Schulalltages** sind aus unserer Sicht folgende Rahmenbedingungen unerlässlich:

- Regelmäßiges und gründliches Lüften ist durch nichts zu ersetzen!
- Aufgrund der Dauer der Pandemie sind Kitas und Schulen mit Luftfilteranlagen oder Luftreinigungsgeräten auszustatten.
- Hygieneregeln an Schulen sind konsequent umzusetzen. Deren Nichteinhaltung muss konsequent geahndet werden. Die Schulmitarbeitenden üben das Hausrecht gegenüber Kindern, Eltern und externen Fachkräften aus.
- In den Schulen muss bei jedem Kind eine individuelle und zeitnahe Lernstandsermittlung erfolgen, um Lernlücken zu erfassen. Der Unterricht ist methodisch-didaktisch so vorzubereiten, dass die Kinder und Jugendlichen wieder „das Lernen lernen“. Im Herbst ist es dazu zu spät! Darauf aufbauend sollten Lerngruppen gebildet werden, um Lerndefizite auszugleichen.



- Bei Wechselunterricht sind hybride Modelle anzuwenden, z.B. durch eine Webcam im Klassenzimmer, so dass auch Mitschüler_innen zu Hause mit zuschauen können.
- Dabei ist auf sichere, geschützte digitale Systeme zur Sicherheit der Kinder zu achten.
- Bedarf es aufgrund gravierender Lernrückstände weiterer Förderangebote, ähnlich der LRS-Klassen, sollte das Schuljahr gedehnt werden.
- Es sollte Möglichkeiten einer wirklich freiwilligen Sommerschule geben, in denen Kinder selbstentscheidend Lernstoff nachholen können.
- Ferien dürfen nicht verkürzt werden, auch Kinder haben das Recht auf Erholung und Freizeit.
- Es reicht nicht aus, dass man Abschlussprüfungen verlegt oder Eltern anbietet, das Schuljahr ihrer Kinder freiwillig wiederholen zu lassen. Ausgesetzte Benotungen oder andere, kreativere Formen der Leistungserbringung helfen Kindern und Familien dabei, den Druck zu senken. Hier sollten Good-Practice-Erfahrungen einzelner Schulen gebündelt und zugänglich gemacht werden.
- Dabei helfen Festlegungen von Standards für die Zeit des Homeschoolings, z.B. für videobasiertes Lernen.
- Schulen brauchen, genau wie Automobilindustrie und Fluggesellschaften, ein milliardenschweres Hilfsprogramm, um die digitalen und Lehr-Innovationen angehen zu können. Alle Schülerinnen und Schüler, auch die Grundschule, sollten mit digitalen Endgeräten ausgestattet werden und die Möglichkeit haben, sowohl innerhalb der Schule als auch zu Hause zu arbeiten. Eine entsprechende kindgerechte Lernsoftware gehört dazu. Dazu müssen die Lehrkräfte in die Lage versetzt werden, technischen Möglichkeiten und die Software methodisch umzusetzen.
- Für Kinder aus einkommensarmen Verhältnissen befürchten wir, dass die Bereitstellung von technischen Endgeräten für Kinder über die Jobcenter (siehe dazu Entscheidung des Thüringer Landessozialgerichts vom 19.01.2021) nicht ausreichend umgesetzt werden bzw. nicht ausreichend sind, da Internet, Toner etc. aus dem Regelsatz zu finanzieren sind.
- Das Recht auf Bildung muss für alle Kinder gleich umgesetzt werden!
- Es braucht neben stabilen Internetzugängen und mobilen Endgeräten für jedes Kind gerade in sogenannten sozialen Brennpunkten eine personelle Verstärkung, um Kinder online beim Lernen zu unterstützen. Um Familien in prekären Lagen beim Homeschooling zu entlasten, sollten Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen in Stadtteilen und Kommunen im Auftrag vom jeweiligen Jugendamt für diese Entlastung befähigt werden. Diese könnten Angebote wie Hausaufgabenbetreuung, Unterstützung bei Videokonferenzen oder einfach Kopiermöglichkeiten für Eltern vorhalten. Diese sollten eng mit den Schulsozialarbeiter_innen zusammenarbeiten. In Ausnahmefällen sollten diese Kinder trotz Wechselmodell in der Schule dauerhaft in Lerngruppen lernen dürfen.
- Alle Lehrkräfte und sonstiges pädagogisches Personal sollten umgehend, Kinder und Jugendliche sobald wie möglich mit einem geeigneten Impfstoff geimpft werden.
- All diese vorgeschlagenen Maßnahmen sind nicht ohne zusätzliche finanzielle Ausstattung zu schaffen. Es muss befristet zusätzliches Personal eingestellt werden. Dies können z.B. Erzieher_innen, Studierende, Freiwillige etc. sein, die Nachhilfe oder Vorlesestunden anbieten. Die Schulträger sollten zusätzlich finanziell ausgestattet werden, z.B. zur Anschaffung von Masken, Hygienemaßnahmen oder Lernsoftware.
- Perspektivisch müssen auf den gemachten Erfahrungen Lerninhalte priorisiert, Lehrpläne aller Klassenstufen entrümpelt werden. Ebenfalls sollte die Qualität der Lehrbücher aller Altersklassen mit Blick auf das Homeschooling auf den Prüfstand gestellt und angepasst werden.



- Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden, dass Kinder neben Lernstoff auch das nachholen können, was im letzten Jahr versäumt wurde: Schwimmkurse, Trainingslager, Sprachlernkurse, Musikunterricht, Ganztagsangebote etc.
- Letztendlich schlagen wir vor, Kinder und Jugendliche grundsätzlich bei Entscheidungen zur Verlängerung von Einschränkungen, aber auch zur Weiterentwicklung von Angeboten in ihren Lebenswelten mit einzubeziehen.

Als Kinderschutzbund wollen wir keine „Generation Corona“ in Kauf nehmen. Dies lässt sich mit gemeinsamen Kraftanstrengungen verhindern. Die Kinder und Jugendlichen in Sachsen sollten es uns wert sein, entsprechende Finanzmittel auch für die perspektivische Entwicklung gelingender Rahmenbedingungen in Kitas und Schulen einzusetzen. Wir fordern deshalb Politik, Wirtschaft und die Zivilgesellschaft auf, in eine nachhaltige Förderung und Unterstützung der Kinder und Jugendlichen zu investieren.

Zur Umsetzung bieten wir weiterhin unsere Unterstützung an.

Mit freundlichen Grüßen

Christina Koch
Vorstandsvorsitzende